

C) Brunnenhalle mit  
– Kneippanlage

D) Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft

Im Zuge der Abschreibungen und Abgängen hat sich das Anlagevermögen der Gesellschaft im Berichtsjahr um T€ 412 vermindert; das Umlaufvermögen hat sich um T€ 678 verringert.

Bei den Sachanlagen einschließlich immaterieller Vermögensgegenstände stehen den Zugängen in Höhe von T€ 14 planmäßige Abschreibungen in Höhe von T€ 382 gegenüber.

Der Kassenbestand hat sich um T€ 651 vermindert. Hierbei ist ersichtlich, dass die Gesellschaft zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen vermehrt Festgeld- und Tagesgeldkonten angreifen musste.

Der Anstieg der sonstigen Rückstellungen um T€ 7 ist vorwiegend bedingt durch im Berichtsjahr gebildeten Prozesskostenrückstellung.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr stichtagsbedingt erhöht.

Die Eigenkapitalquote zum 31.12.2005 betrug 97,7 % (Vorjahr 98,5%)

Die immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen inklusive Finanzanlagen waren zum Bilanzstichtag mit langfristigem Kapital finanziert.

E) Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2005 wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von € 1.157.133,90 erzielt.

Das Ergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 292 verbessert.

Auch bei der Betrachtung des Betriebsergebnis zeigt sich gegenüber dem Vorjahr eine Verbesserung in Höhe von T€ 295 auf -T€ 1.233.

Bei den Umsatzerlösen verzeichnet die Staatsbad Bad Dürkheim GmbH einen Rückgang in Höhe von T€ 111. Dieser ergibt sich besonders in folgenden Bereichen :

Erlöse Wellness-Medical (Ayurveda, BMS, Dorn-Breuß-Therapie, Kinesiologie)	-T€ 10
Erlöse Warenverkäufe	-T€ 22
Erlöse Thermalbad	-T€ 45
Erlöse Krankengymnastik	-T€ 11
Erlöse Türkisches Bad	-T€ 25

Umsatzsteigerungen sind bei den Massagen (+T€ 7) , Heilbäder (+ T€ 5) und der Heiß- und Kaltbehandlung ( +T€ 3) festzustellen.

Bei den Materialaufwendungen zeigt sich ein Anstieg in Höhe von T€ 41. Insgesamt wurden T€ 974 aufgebracht. Im Detail sind höhere Aufwendungen bei den Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffen zu erkennen. Durch die deutlichen Gaspreiserhöhungen stieg der Aufwand für den Gasbezug um +T€ 56. Weitere Aufwandssteigerungen sind durch die Rohrleitungsbrüchen im Wasserbezug (+ T€ 12) festzustellen. Die Abwassergebühren entwickelten sich analog.

Demgegenüber stehen geringere Aufwendungen bei dem sonstigen Wareneinsatz (-T€ 14). Insbesondere die Schließung des Kiosks wird hier deutlich. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen T€ 758. Unterhaltungskosten des Sachanlagevermögens sind hierin mit T€ 127 enthalten.

#### F) Investitionen im Jahre 2005

Im Berichtsjahr wurden wenige Investitionen getätigt. Ein Freistempelsystem, sonstige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten unter 1.000 € und geringwertige Wirtschaftsgüter führten zu einem Investitionsvolumen von lediglich T€ 14 .

#### G) Sonstige Vorgänge von besonderer Bedeutung im Geschäftsjahr 2005

Im Jahr 2005 hat ein Geschäftsführerwechsel stattgefunden.

Im Rahmen der Gesellschafterversammlung am 21. März 2005 wurde Herr Oliver Kirschner mit sofortiger Wirkung als Geschäftsführer bestellt.

Ab dem Jahr 2005 wird die Finanzbuchhaltung sowie die Anlagenbuchhaltung mit Hilfe des Programms „FibuNet“ der Firma FibuNet GmbH geführt.

Die Preise für ortsgebundene Kurmittel wurden zum 01. Januar 2005 einheitlich für alle Krankenkassenverbände sowohl für ambulante als auch für Behandlungen im Rahmen der Kur geringfügig erhöht. Die letzte Erhöhung datierte vom 1. Oktober 2001.

Im Laufe des Berichtsjahres wurde der klassische Wellnessbereich durch neue Anwendungen ergänzt. Diese sind wie folgt:

- Erdbeer-Sahnebad + Rückenmassage mit Erdbeeröl
- Wellnessmassagen mit verschiedenen Ölen
- Schokoladenbehandlung im Rasul
- Kaffee-Körperpeeling + Mousse au chocolat im Rasul

Im Jahr 2006 werden die CranioSacrale-Therapie, die Nuad Tao (Thailändische Fussmassage) und die LaStone-Therapie die Angebote im Medical-Wellness-Bereich ergänzen.

## II Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluß des Geschäftsjahres 2005

### A) Prozesskostenrückstellung

Für die voraussichtlichen Anwalts- und Gerichtskosten im Rahmen eines Arbeitsrechtsprozesses wurde eine Rückstellung in Höhe von T€ 13 gebildet.

### B) Rückstellung für Rückerstattung Gutscheine Türkisches Bad

Das türkische Bad wurde per 04. März 2004 geschlossen. In diesem Zusammenhang erfolgte im Jahr 2004 die Bildung einer Rückstellung in Höhe von T€ 8 für die aus dem Gutscheinverkauf noch zu erwartenden Erstattungen. Dieser Rückstellungsbetrag wurde vollständig in Anspruch genommen. Zum 31. Dezember 2005 erfolgte eine erneute Zuführung für die noch zu erwartende Rückerstattungen in Höhe von T€ 5.

## III Voraussichtliche Entwicklung, Risiken und Chancen des Betriebes

### A) Wirtschaftliche Bestandsgefährdungspotentiale

Seit dem 01.01.2002 erhält die Staatsbad Bad Dürkheim GmbH aufgrund der Änderung der Spielbankverordnung keine Spielbankabgabe. Diese Abgabe hatte eine große Bedeutung für die wirtschaftliche Lage des Unternehmens. Der Weg

fall dieser Abgabe hatte bedeutende Auswirkungen auf die Ergebnissituation der Gesellschaft.

Da keine räumlichen Erweiterungsmöglichkeiten gegeben sind, muß man versuchen mit neuen und ausgewählten Produkten sowie fundierten Fachkenntnissen den Gästekreis von Privatzahlern verstärkt auszubauen.

Auch die verstärkte Budgetierung der konventionellen Kurmittel sowie weitere Gesetzesänderungen im Jahr 2004 haben zu Rückgängen in diesen Bereichen geführt. Die Gesellschaft muss somit bestrebt sein, weitere Privatzahler in diesem Segment zu mobilisieren. Weiterhin muss durch neue Anwendungsformen im Wellness-Medical Bereich als auch im klassischen Wellnessbereich mehr Attraktivität für die Privatzahler geschaffen werden.

#### B) Rechtliche Bestandsgefährdungspotentiale

Die Gesellschaft hat keine langfristigen Schulden. Das Anlagevermögen ist zu 112,1 % durch das Eigenkapital gedeckt.

#### C) Sonstige Risiken mit besonderem Einfluß auf die Vermögens und Ertragslage

Die negative Ertragslage wird sich auch in den kommenden Jahren, wenn auch im Geschäftsjahr eine Verbesserung des Jahresergebnisses zu verzeichnen ist, fortsetzen. Somit ist absehbar wann die Gesellschaft ihre Eigenmittel aufgebraucht hat. Jedoch hat das Ministerium der Finanzen mit Schreiben vom 15.01.2002 mitgeteilt, dass das Land Rheinland-Pfalz als Gesellschafter der Staatsbad Bad Dürkheim GmbH zur anteilmäßigen Entlastung der Mitgesellschafter bis einschließlich zum Jahre 2006 den gesamten von den Gesellschaftern auszugleichenden Finanzbedarf der GmbH nach Abzug der vorhandenen eigenen Finanzmittel der Gesellschaft bis zu einem Höchstbetrag von 11.080.000,00 Euro übernimmt.

Denn mittelfristig wird die Staatsbad Bad Dürkheim GmbH durch weitere wesentliche unbeeinflussbare gesetzliche Vorschriften mit ihrem Angebot an klassischen Gesundheitsleistungen und den Krankenkassen als Geschäftspartnern, große Probleme haben.

Dies berücksichtigend muss die Gesellschaft weiterhin Therapien und Anwendungsformen anbieten, die Ihre besondere Attraktivität im Medical-Wellness-Bereich als auch im klassischen Wellness-Bereich untermauern. Des weiteren muss auch zukünftig verstärkt versucht werden den Privatzahler für die konventionellen Kurmittel zu mobilisieren und die Attraktivität des Hauses zu steigern.

D) Chancen des Betriebes

Mit dem Neubau einer Therme in Bad Dürkheim könnte die Gesellschaft den Anforderungen der privaten Gäste vollkommen entsprechen. Somit wäre auch eine verstärkte Verbesserung der Ertragslage zu erwarten.

Der Standort in Bad Dürkheim mit einem vielversprechenden Einzugsgebiet würde den Gästen qualifizierten Anwendungen und Leistungen in einem entsprechenden räumlichen Ambiente ermöglichen.

Bad Dürkheim, 21.03.2006



Der Geschäftsführer

Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs. 2 GemO  
Geschäftsjahr 2005

Teil 1  
für alle Unternehmen und Einrichtungen

Name des Unternehmens	Betriebsgesellschaft Haus der Deutschen Weinstraße Bockenheim mbH
-----------------------	--

Rechtsform	privatrechtlich: Gesellschaft mit beschränkter Haftung
------------	---

Gegründet am	04.11.1991
Der Gesellschaftsvertrag datiert vom	26.02.1992 zuletzt geändert am 10.03.2000

Wirtschaftsjahr ist	das Kalenderjahr
Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres	25.564,60 €
Veränderungen im Berichtsjahr	keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, Betrieb und die Unterhaltung des Hauses Deutsche Weinstraße in Bockenheim, wobei die anfallenden Bauleistungen an Dritte vergeben werden. Des weiteren sollen dadurch die Weinwirtschaft, der Fremdenverkehr und die allgemeine wirtschaftliche Situation der Region gefördert werden.
---	---

Teil 2  
nur für Unternehmen in privater Rechtsform

Beteiligungsverhältnisse (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt: 1.) Landkreis Bad Dürkheim 6.391,15 EUR = 25% 2.) VG Grünstadt-Land 6.391,15 EUR = 25% 3.) Ortsgemeinde Bockenheim/Wstr. 6.391,15 EUR = 25% 4.) Bauern-u. Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd e.V. 6.391,15 EUR = 25%
--	---



<i>Laufende Gesamtbezüge (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</i>	keine Angaben über Gesamtbezüge gem. § 286 Abs. 4 HGB
--	---

Teil 3

für alle wirtschaftlichen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts

<i>Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4 GemO) für das wirtschaftliche Unternehmen</i>	Zu § 85 Abs. 1 Nr. 1 Die Förderung der Weinwirtschaft, des Fremdenverkehrs und der allgemeinen wirtschaftlichen Situation der Region rechtfertigen weiterhin das Unternehmen
	Zu § 85 Abs. 1 Nr. 2 Hierzu sind unter dem Stichwort "Auswirkung auf die Haushaltswirtschaft" Angaben erfolgt.
	Zu § 85 Abs. 1 Nr. 3 Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

**Bilanzkennzahlen zum Beteiligungsbericht**

<b>1. Rentabilität</b>	
<i>Eigenkapitalrentabilität</i>	0,00%
<i>Cash-Flow</i>	-17.942,29 €

<b>2. Vermögensaufbau</b>	
<i>Anlagenintensität</i>	84,69%
<i>Intensität Umlaufvermögen</i>	7,47%

<b>3. Anlagenfinanzierung</b>	
<i>Anlagendeckung I</i>	0,00%
<i>Anlagendeckung II</i>	14,86%

<b>4. Kapitalausstattung</b>	
<i>Eigenkapitalquote</i>	0,0%
<i>Fremdkapitalquote</i>	100,0%

<b>5. Liquidität</b>	
<i>Liquiditätsgrad I</i>	-111.473,50 €
<i>Liquiditätsgrad III</i>	8,59%

# Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs. 2 GemO

Geschäftsjahr 2005

## Teil 1

für alle Unternehmen und Einrichtungen

Name des Unternehmens	Wohnungsbaugenossenschaft "Bauhilfe" e.G. Haßloch
Rechtsform	privatrechtlich: Genossenschaft
Gegründet am	24. Juni 1949
Die derzeitige Satzung datiert vom	27. November 1992
Wirtschaftsjahr ist	das Kalenderjahr
Geschäftsguthaben am Ende des Wirtschaftsjahres	221.619,90 €
Veränderungen im Berichtsjahr	Minderung um 378,73 €
Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Der Gegenstand des Unternehmens ist eine nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 85 Abs. 3 GemO Der Zweck der Genossenschaft ist vor- rangig eine gute, sichere und sozial ver- antwortbare Wohnungsversorgung (§ 2 Abs. 1 der Satzung)

## Teil 2

nur für Unternehmen in privater Rechtsform

Beteiligungsverhältnisse (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Landkreis Bad Dürkheim 26.000,- Euro                      11,59% Gemeinde Haßloch 52.000,- Euro                      23,18%
Besetzung der Organe (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	<b>Aufsichtsrat:</b> Vollmer Irene (Vorsitzende) Janz Alois Steffen Peter Schmitt Hannelore Hartmann Ernst Müller Ilona  <b>Vorstand:</b> Kühhirt Helmut Beckmann Dieter Geibel Jürgen
Beteiligungen des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	keine

## Bauhilfe Haßloch

<i>Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 GemO) sowie künftige Aufgaben</i>	Der Wohnungsbestand betrug Ende 2005 157 Wohnungen, ein Büro, 16 Garagen und 65 Stellplätze.
--	--

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs (§ 90 Abs. Satz 3 Nr. 3 GemO)</i>	siehe Anlage: Lagebericht
--	------------------------------

<i>Lage des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</i>	Die wirtschaftliche Lage der Genossenschaft kann als gut bezeichnet werden. Die Liquidität war jederzeit gegeben.
--	---

<i>Kapitalzuführungen/-entnahmen (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</i>	keine
--	-------

<i>Auswirkung auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</i>	2005 Ausschüttung einer Dividende von 1.040,00 €
--	--

<i>Laufende Gesamtbezüge (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</i>	keine Angaben
--	---------------

### Teil 3

für alle wirtschaftlichen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts

<i>Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4 GemO) für das wirtschaftl. Unternehmen</i>	entfällt, da eine nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 3 GemO vorliegt
--	---

### **Bilanzkennzahlen zum Beteiligungsbericht**

<b>1. Rentabilität</b>	
Eigenkapitalrentabilität	4,99%
Cash-Flow	202.664,63 €
<b>2. Vermögensaufbau</b>	
Anlagenintensität	98,10%
Intensität Umlaufvermögen	1,74%
<b>3. Anlagenfinanzierung</b>	
Anlagendeckung I	31,20%
Anlagendeckung II	89,81%
<b>4. Kapitalausstattung</b>	
Eigenkapitalquote	30,61%
Fremdkapitalquote	69,39%
<b>5. Liquidität</b>	
Liquiditätsgrad I	-216.600,21 €
Liquiditätsgrad III	14,89%

## L A G E B E R I C H T

Das abgelaufene Geschäftsjahr 2005 bringt immer noch nicht die große Wende. Im Vergleich zum Vorjahr ist das deutsche Bruttoinlandsprodukt um 1,1 % gestiegen. Zu wenig um die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig voran zu bringen.

Die Konjunktur ist gespalten. Während der Außenhandel sehr gut läuft, läßt die Inlandsnachfrage zu wünschen übrig. Dämpfend wirken die hohen Energiepreise und die seit 2002 anhaltende Schwäche des privaten Verbrauchs.

Die Zahl der Baugenehmigungen ist weiter rückläufig. Rund 11 % gegenüber dem Vorjahr. Der Wegfall der Eigenheimzulage wird sich nicht förderlich auf die Entwicklung auswirken.

Die Nachfrage nach Mietwohnungen im Bereich unserer Genossenschaft konnte nicht immer befriedigt werden. Bei dem Neubau 06 / 07 sind alle Wohnungen bereits vergeben.

Günstig hat sich die Senkung der Müllgebühren auf die Umlage ausgewirkt. So haben sich die Kosten der Müllgebühren um 30 % vermindert.

Die Verwaltung der Genossenschaft hat im abgelaufenen Jahr die ihr nach Gesetz und Satzung obliegenden Arbeiten und Aufgaben ordnungsgemäß erledigt.

Der Jahresabschluß wurde Mai / Juni erstellt.

Die Vermögenslage der Genossenschaft stellt sich nach Gegenüberstellung des Wirtschaftsjahres 2004 und 2005 wie folgt dar:

Vermögens- und Kapitalstruktur

<u>Vermögensstruktur</u>	31.12.2005 T€	%	31.12.2004 T€	%
Anlagevermögen				
Sachanlagen	6.647,01	98,09	6.322,43	98,26
Finanzanlagen	0,75	0,01	0,75	0,01
Anlagevermögens insgesamt:	6.647,76	98,10	6.323,18	98,27
Umlaufvermögen	117,68	1,74	101,20	1,57
Abgrenzungsposten	10,89	0,16	9,96	0,16
Gesamtvermögen	6.776,33	100,00	6.434,34	100,00
Fremdmittel	4.701,99		4.452,26	
Reinvermögen am Jahresende	2.074,34		1.982,08	
Reinvermögen am Jahresanfang	1.982,08		1.965,46	
Vermögenszuwachs	92,26	4,65	16,62	0,84

Gemessen am Gesamtvermögen beträgt das Anlagevermögen mit T€ 6.647,76 rund 98,10%, das Umlaufvermögen mit T€ 117,68 rund 1,74%. Das Reinvermögen beträgt am 31. Dezember 2005 T€ 2.074,34.

Dieses hat sich im Vergleich zum Jahresanfang um T€ 92,26 = 4,65% vermehrt.

<u>Kapitalstruktur</u>	31.12.2005 T€	%	31.12.2004 T€	%
Geschäftsguthaben	221,62	3,27	224,34	3,49
Rücklagen	1.843,84	27,21	1.749,23	27,19
- gesetzliche	(217,64)	(3,21)	(207,23)	(3,22)
- Bauerneuerung	(700,00)	(10,33)	(668,00)	(10,38)
- freie	(926,20)	(13,67)	(874,00)	(13,59)
Bilanzgewinn	8,88	0,13	8,51	0,13
Eigenkapital	2.074,34	30,61	1.982,08	30,81
Rückstellungen	15,50	0,23	23,00	0,36
Dauerfinanzierungsmittel	4.578,70	67,57	4.333,02	67,34
Andere Verbindlichkeiten	107,79	1,59	96,24	1,49
Verbindlichkeiten	4.686,49	69,16	4.429,26	68,83
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamtkapital	6.776,33	100,00	6.434,34	100,00

Das Eigenkapital der Genossenschaft beläuft sich zum 31. Dezember 2005 auf T€ 2.074,34 und stellt einen Anteil von 30,61% am Gesamtkapital dar. Der Anteil der Dauerfinanzierungsmittel am Gesamtkapital beträgt T€ 4.578,70 = 67,57%.

Die Genossenschaft schließt das Geschäftsjahr 2005 mit einem Überschuß von € 103.494,29 ab. Nach Zuweisung zu den Ergebnismrücklagen verbleibt ein Bilanzgewinn von € 8.879,94.

Die wirtschaftliche Lage der Genossenschaft kann als gut bezeichnet werden. Die Liquidität war jederzeit gegeben.

Für die Instandhaltung unseres Wohnungsbestandes wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr 122.204,61 Euro ausgegeben. Für die Modernisierung 16.000,00 Euro.

Mit den Bauarbeiten im Mühlpfad 66 wurde im Mai begonnen. Die Fertigstellung erfolgt im Mai 2006. Es handelt sich hier um ein Mehrfamilienhaus mit rund 430 qm Wohnfläche.

Für alle Neubauten wird der Einbau von Rauchmeldern zwingend vorgeschrieben. Die Genossenschaft hat daraufhin alle Wohnungen der Genossenschaft mit Rauchmeldern in der Wohnung und im Treppenhaus ausgestattet.

Der gesamte Wohnungsbestand unserer Genossenschaft umfaßt 162 Wohnungen, 16 Garagen und 62 Stellplätze.

Der vom Vorstand aufgestellte Wirtschaftsplan für das Jahr 2006 weist einen Überschuß von

Hausbewirtschaftung	117,00	Euro
Finanzergebnis	0,00	"
Mitgliederverwaltung	<u>./.</u> 2,00	"
	115,00	"
Abschr.auf Sachanlagen	100,00	"
	<u>./.</u> 125,00	"
	<u>90,00</u>	<u>Euro</u>

Insgesamt sind keine Risiken zu erkennen die die Ergebnislage 2006 negativ beeinflussen können.

Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Jahr 2005 geleistete Arbeit.

**Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs.2 GemO i.V.m. § 57 LKO -2005-**

**Teil I**

Name des Unternehmens	Kreiskrankenhaus Grünstadt
Rechtsform	öffentlich-rechtlich
	Einrichtung ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Sondervermögen mit Sonderrechnung) nach dem Landeskrankenhausgesetz
Gegründet	1967
Satzung datiert vom	12.11.1980 bzw. 25.10.1989 bzw. 20.03.2002
Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital	0
Veränderungen im Berichtsjahr	0
Gegenstand des Unternehmens (§90 Abs.2 Satz 3 Nr.1 GemO)	Quantitativ und qualitativ bestmögliche Versorgung der Kranken im stationären, teilstationären und ambulanten Bereich unter Beachtung wirtschaftlicher Aspekte
Gegenstand des Unternehmens ist	eine nicht-wirtschaftliche Betätigung gem. § 85 Abs.3 GemO

**Teil III**

Vorliegen der Voraussetzung des § 85 Abs.1 GemO (§90 Abs.2 Satz 3 Nr.4 GemO) für das wirtschaftliche Unternehmen

entfällt, da gem. § 85 Abs.3 GemO eine nicht wirtschaftliche Betätigung vorliegt

Kennzahlen	Berechnung	Ergebnis
<b>1. Ertragslage</b>		
a) Rentabilität		
Eigenkapitalrentabilität	€ ( 772.260,62 x 100 ) : 11.978.453,67	6,45%
Gesamtkapitalrentabilität	€ ( 772.260,62 x 100 ) : 34.595.549,25	2,23%
b) Umsatz pro Mitarbeiter	€ 18.963.155,49 : 219,72	86.306,01 €
c) Cash-Flow	€ 772.260,62 + 10.062.423,99 + 28.420,84	10.863.105,45 €
<b>2. Vermögensaufbau</b>		
Anlagenintensität	€ ( 15.364.933,36 x 100 ) : 34.595.549,25	44,41%
Intensität d.Umlaufvermögens	€ ( 17.756.212,74 x 100 ) : 34.595.549,25	51,33%
<b>3. Anlagenfinanzierung</b>		
Anlagendeckung I	€ ( 11.467.787,37 x 100 ) : 15.364.933,36	74,64%
Anlagendeckung III	€ ( 11.467.787,37 + 510.666,30 x 100 ) : 15.364.933,36	77,96%
<b>4. Kapitalausstattung</b>		
Eigenkapitalquote	€ ( 11.467.787,37 x 100 ) : 34.595.549,25	33,15%
Fremdkapitalquote	€ ( 12.377.324,96 x 100 ) : 34.595.549,25	35,78%
<b>5. Liquidität</b>		
Liquiditätsgrad I	€ 3.666.315,40 - 10.960.373,10	-7.294.057,70 €
Liquiditätsgrad III	€ 17.756.212,74 x 100 : 11.471.039,40	154,79%

# I. Lagebericht

## 1. Vorbemerkungen

Das Kreiskrankenhaus Grünstadt - ein Eigenbetrieb des Landkreises Bad Dürkheim - hat das Geschäftsjahr 2005 mit einem positiven Betriebsergebnis abgeschlossen. Dies ist für ein Haus der Grundversorgung mit 200 Planbetten unter den gegebenen schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eines sich verändernden Gesundheitswesens in Deutschland keine Selbstverständlichkeit. Es ist damit im vergangenen Jahr wiederum gelungen, die Erfüllung des Versorgungsauftrages des Krankenhauses, die Versorgung der Bevölkerung des nördlichen Teil des Landkreises Bad Dürkheim und des Leiningerlandes mit qualitativ hochwertigen stationären und ambulanten Gesundheitsleistungen, mit einer wirtschaftlichen Betriebsführung zu verbinden. Dieser Erfolg ist letztendlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Krankenhauses zu verdanken, die mit Engagement sowie fachlicher und menschlicher Kompetenz zur Versorgung und Behandlung der Patienten beigetragen haben. Dafür gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der herzliche Dank der Krankenhausleitung und des Krankenhausträgers.

Die maßgeblichen Gründe für den wirtschaftlichen Erfolg des Krankenhauses liegen, neben der Ausgabendisziplin im Bereich der Personal- und Sachkosten, vor allen Dingen in den guten Patientenzahlen des Hauses. Noch nie wurden in einem Jahr so viele Patienten behandelt wie im Jahr 2005. Sowohl im stationären Bereich wie auch bei den ambulanten Operationen und stationäremsetzenden Eingriffen wurden die Patientenzahlen des Vorjahres übertroffen.

Die betriebswirtschaftliche Steuerung wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr durch die Tatsache erschwert, dass es auf Grund der Verweigerungshaltung der Krankenkassen im Jahr 2005 nicht möglich war, mit den Kostenträgern auf dem Verhandlungswege eine Einigung über das Erlösbudget und den krankenhausindividuellen Basisfallwert zu erzielen. Das deshalb notwendige zeitaufwändige Schiedsstellenverfahren wurde am 14.02.2006 mit der Entscheidung der Schiedsstelle abgeschlossen, so dass erst zu diesem Zeitpunkt die Höhe des stationären Krankenhausbudgets und die zur Erzielung dieses Budgets zu erbringenden Fallpauschalenleistungen bzw. stationären Behandlungszahlen feststanden.

Wichtige Meilensteine waren für das Krankenhaus im Jahr 2005

- der erfolgreiche Abschluss der Gespräche mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit in Mainz über die Landesförderung des Neubauprojektes OP/Intensivstation durch den Bescheid über eine Festbetragsförderung in Höhe von 9,7 Mio. Euro im Dezember,
- die erfolgreiche Fremdvisitation im Rahmen der Zertifizierung des Krankenhauses nach dem Verfahren für Kooperation und Transparenz im Gesundheitswesen (KTQ®) im Oktober,
- die Beendigung der Renovierungsarbeiten im geburtshilflichen Bereich des Krankenhauses, mit dem Einbau einer Entbindungswanne im modernisierten 2. Kreißaal sowie der Einrichtung eines Familienzimmers, des neuen Säuglingszimmers und des Sprechstundenzimmers der Hebammen auf der Station 3 im Dezember,
- die Verleihung des Energie-Plus-Gütesiegels für das fortschrittliche Energiekonzept mit dem Einsatz einer Brennstoffzelle durch die Effizienzoffensive Energie Rheinland-

- Pfalz und das Wirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz an das Kreiskrankenhaus und die Pfalzwerke AG am 21. Juli,
- die Veranstaltung eines Tags der offenen Tür am 16. Juli,
  - der Beginn der Umbaumaßnahmen zur Einrichtung der Hals-Nasen-Ohren-Praxis der beiden Belegärzte Dr. Cathrine und Dr. Peter Mattinger in den Räumen der ehemaligen Station 2 und eines Friseursalons in einem Aufenthaltszimmer der Station 1 im Oktober sowie
  - die Schaffung eines zusätzlichen Mitarbeiterparkplatzes auf einem Weinbergsgrundstück oberhalb des Krankenhauses.

Zur Erhaltung bzw. weiteren Verbesserung der apparativen Ausstattung wurden auch im vergangenen Geschäftsjahr wieder umfangreiche Investitionen in einem Gesamtwert von mehr als 150.000 Euro durchgeführt. Exemplarisch seien hier der Kauf eines Narkosegerätes, eines Videogastroskops, eines Blutgasanalysegerätes und eines EEG-Monitors zur Messung der Narkosetiefe sowie die Einrichtung eines stationären Schlaflaborplatzes auf der Station 7 genannt.

Welche Faktoren werden die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Krankenhauses maßgeblich beeinflussen:

Dies sind zum einen die Patientenzahlen im stationären Bereich. Durch die Einführung des diagnoseabhängigen Fallpauschalen-Abrechnungssystems (Diagnoses related groups - DRG) hängen die Erträge des Krankenhauses im stationären Bereich – sie machen ca. 90% der gesamten betrieblichen Erträge aus - , noch mehr als dies in der Vergangenheit der Fall war, von der Anzahl der stationär behandelten Patienten ab. Um die Attraktivität des Krankenhauses für die Patienten und die Bevölkerung zu erhalten, ist es das Ziel der Krankenhausleitung und des Krankenhausträgers, das Leistungsspektrum des Krankenhauses und seiner Fachabteilungen weiter sinnvoll zu ergänzen. Da eine Hinzunahme weiterer stationärer Fachabteilungen in der vom Land Rheinland-Pfalz durchgeführten Krankenhausplanung nur sehr eingeschränkt möglich ist, kommt der engeren Vernetzung und Kooperation mit den Leistungserbringern im niedergelassenen Bereich eine wachsende Bedeutung zu. Auf dem Weg zum Ausbau des Kreiskrankenhauses zu einem Gesundheitszentrum konnten dabei bereits wichtige Schritte umgesetzt werden. Neben der Einrichtung der seit 2004 von Herrn Dr. Reinhold Dahm betriebenen radiologischen Praxis konnte die Ansiedelung einer weiteren niedergelassenen Praxis vereinbart werden. Die beiden Belegärzte des Krankenhauses, Dr. Cathrine und Dr. Peter Mattinger, werden im Frühjahr 2006 ihre Praxis für Hals-Nasen-Ohren-Erkrankungen an das Krankenhaus, in die umgebauten Räume in einem Teil der ehemaligen Station 2, verlegen. Darüber hinaus ist mit Frau Dr. Mattinger, die die Zusatzbezeichnung Schlafmedizin besitzt, die Einrichtung eines ambulanten Schlaflabors in den Räumen der geriatrischen Tagesklinik geplant. In Kooperation mit Herrn Dr. Dahm ist die Aufstellung und der Betrieb eines Magnet-Resonanz-Tomographen angedacht. Die Kooperation mit weiteren niedergelassenen Ärzten wird angestrebt. Im Hinblick auf die Steigerung der in den letzten Jahren etwas rückläufigen Zahl der Entbindungen, wurde Anfang 2006 mit zwei Hebammen der seit 28.02.2006 geschlossenen geburtshilflichen Abteilung des Evangelischen Krankenhauses in Bad Dürkheim ein Beleghebammenvertrag geschlossen. Dies soll das Einzugsgebiet der geburtshilflichen Abteilung im Raum Bad Dürkheim vergrößern.

Ein wichtiger Punkt zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Kreiskrankenhauses sind weitere Investitionen in die Infrastruktur. Hier stehen in den Jahren 2006 bis 2008 der Neubau des Operationstraktes sowie der Umbau und die Erweiterung der Intensivstation mit

einem Gesamtvolumen von ca. 11,4 Mio. Euro im Mittelpunkt. Darüber hinaus sind die Neugestaltung der Eingangshalle mit einer zentralen Auskunftsstelle und die Erweiterung der Notfallambulanz geplant.

Die Akzeptanz eines Krankenhauses in der Bevölkerung hängt aber nicht nur von einem attraktiven Leistungsspektrum und einer guten Infrastruktur, sondern auch von der Qualität der Leistungserbringung ab. Um den Patienten in Zeiten knapper wirtschaftlicher Ressourcen weiterhin medizinische Leistungen auf hohem Qualitätsniveau bieten zu können, wird das Kreiskrankenhaus auch nach Abschluss des KTQ-Zertifizierungsverfahrens und der Verleihung der Zertifikatsurkunde am 10.01.2006 den eingeschlagenen Weg des Qualitätsmanagements weiterverfolgen und die Behandlungsabläufe kontinuierlich überprüfen und weiterentwickeln. Die Rezertifizierung des Krankenhauses zur Wiedererlangung des drei Jahre gültigen KTQ-Zertifikats ist für Ende 2008 geplant.

Neben den stationären Patientenzahlen werden die für diese Behandlungsfälle erzielbaren Erlöse und die dafür entstehenden Kosten ausschlaggebend für die künftige wirtschaftliche Entwicklung des Krankenhauses sein. Hierbei spielt die Weiterentwicklung des deutschen DRG-Fallpauschalensystems durch das Institut für das Entgeltsystem (InEK) eine zentrale Rolle. Der anfangs sehr stark an das australische DRG-System angelehnte deutsche Fallpauschalenkatalog wurde seit seiner Einführung im Jahr 2003 Jahr für Jahr überarbeitet. Dabei wurden die Bewertungsrelationen, d. h. der die Höhe der Vergütung einer Fallpauschale bestimmende Wert, auf der Grundlage von Kostendaten der Krankenhäuser durch das InEK neu festgelegt. Mit den Daten der Jahre 2004 und 2005 hat sich auch das Kreiskrankenhaus an dieser freiwilligen Datenlieferung beteiligt. Im vergangenen Jahr haben sich die Änderungen der Bewertungsrelationen speziell für kleinere Krankenhäuser der Grundversorgung negativ ausgewirkt, während die in den Häusern der Maximalversorgung erbrachten Leistungen deutlich besser vergütet wurden. Dies hatte zur Folge, dass das stationäre Budget und damit die Erträge aus der stationären Behandlung geringfügig gesunken sind, obwohl das Krankenhaus mehr Patienten behandelt hat, als im vergangenen Jahr bzw. von der Schiedsstelle festgesetzt. Im laufenden Jahr sind die Änderungen der Bewertungsrelationen im DRG-Fallpauschalenkatalog geringer, so dass keine signifikante Auswirkung auf die Höhe des Budgets erwartet wird. Die zukünftige Veränderung der Bewertungsrelationen der DRG-Fallpauschalen lässt sich jedoch ebenso wenig abschätzen, wie die Entwicklung des Landesbasisfallwertes in den kommenden Jahren, also des „Punktwertes“ mit dem die Bewertungsrelation einer Fallpauschale bei der Abrechnung des Behandlungsfalls multipliziert wird. Somit lässt sich für die verbleibenden 4 Jahre der sogenannten Konvergenzphase bis 2009, in der die krankenhausindividuellen Basisfallwerte an den Landesbasisfallwert Rheinland-Pfalz angeglichen werden, nicht vorhersagen, ob das Kreiskrankenhaus wie im Jahr 2005 durch die Angleichung einen höheren Erlös pro Behandlungsfall bekommt, oder ob die Erlöse je Patient tendenziell sinken werden.

Ein weiteres insgesamt für das Krankenhaus jedoch eher geringes Ertragsrisiko besteht im Bereich der Erlöse aus der Wahlleistung Unterkunft 1- und 2-Bett-Zimmer. Zwar konnte das Krankenhaus die Vereinbarung mit dem Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV) über die Höhe der Wahlleistungsentgelte für 1- und 2-Bett-Zimmer für das Jahr 2006 fortschreiben, aus den Publikationen des PKV ist jedoch zu entnehmen, dass der Verband weiterhin die Reduzierung dieser Entgelte in den Krankenhäusern anstrebt. Inwieweit dieses Bestreben vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung zu dieser Thematik auf gerichtlichem Wege vom PKV durchgesetzt werden kann, ist jedoch fraglich.

Die Einführung des neuen Einheitlichen Bewertungsmaßstabes (EBM 2000 plus) zur Abrechnung ambulanter Leistungen gesetzlich versicherter Patienten hat im Bereich der ambulanten Operationen und stationersetzenden Eingriffe sowie der Notfallambulanz zu einer Absenkung der Vergütung dieser Leistungen um teilweise mehr als 10 % geführt. Die Auswirkungen auf die Ertragssituation des Krankenhauses lassen sich jedoch noch nicht exakt beziffern, weil die endgültigen Punktwerte für die ambulanten Operationen und stationersetzenden Eingriffe für das Jahr 2005 und die nachfolgenden Jahre noch nicht feststehen.

Auf der Seite der Aufwendungen sind insbesondere die Auswirkungen der Neugestaltung des Tarifrechts im Rahmen des Tarifvertrages öffentlicher Dienst (TVöD) auf die Kostenentwicklung zu beachten. So erwartet das Krankenhaus durch die Einführung des TVöD im Jahr 2006 noch keine zusätzlichen Belastungen, weil der Umstieg vom BAT auf den TVöD weitgehend kostenneutral vollzogen wird. Im Jahr 2007 wird sich dann aber die im Tarifvertrag vorgesehene Höhergruppierung der Mitarbeiter in die nächst höhere Gehaltsentwicklungsgruppe mit ca. 2 % kostensteigernd auswirken. Darüber hinaus werden der Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung um 0,2 % und der Zusatzbeitrag zur Zusatzversorgung um 0,5 % auf insgesamt 4 % steigen.

Im Bereich der Aufwendungen für Sachmittel ist beabsichtigt, durch die Standardisierung von medizinischen Produkten zwischen den Mitgliedskrankenhäusern der Einkaufsgemeinschaft Kommunaler Krankenhäuser des Deutschen Städtetages (EKK) Einsparungen bei den Beschaffungskosten zu erzielen. Zur besseren Auslastung der im Rahmen des oben bereits erwähnten Neubauprojektes OP/Intensivstation entstehenden Zentralsterilisation ist geplant, Instrumentarium auch für umliegende Krankenhäuser zu sterilisieren.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das Kreiskrankenhaus Grünstadt weiterhin gute Voraussetzungen hat, um sich dauerhaft in einem sich verändernden Gesundheitswesen zu behaupten und auch zukünftig wirtschaftlich erfolgreich zu sein.

Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs. 2 GemO

2005

Teil 1  
für alle Unternehmen und Einrichtungen

Name des Unternehmens	Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Bad Dürkheim
-----------------------	--

Rechtsform	öffentlich-rechtlich, Regiebetrieb
------------	------------------------------------

Gegründet am	1. Januar 1988
Die Satzung/Der Gesellschaftsvertrag datiert vom	Fassung der letzten Änderung: 01.01.2001

Wirtschaftsjahr ist	das Kalenderjahr
Stammkapital am Ende des Wirtschafts- jahres	1 Mio Euro
Veränderungen im Berichtsjahr	keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Durchführung der Verwertung und Entsorgung der Abfälle im Landkreis Der Gegenstand des Unternehmens ist eine nicht-wirtschaftliche Betätigung gem. § 85 Abs. 3 GemO
--	---

Teil 3

für alle wirtschaftlichen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlaß, die bisherige Bewertung zu ändern
--

## Kennzahlen

**Bilanzkennzahlen zum Beteiligungsbericht 2005**

<b>1. Rentabilität</b>		Jahresergebnis	-38.156,72
Eigenkapitalrentabilität	-1,44%	Eigenkapital	2.652.855,53
Cash-Flow	1.495.080,70	Abschreibungen	1.032.804,42
<b>2. Vermögensaufbau</b>		Anlagevermögen	2.773.980,96
Anlagenintensität	10,92%	Umlaufvermögen	22.620.898,45
Intensität Umlaufvermögen	89,06%	Gesamtvermögen	25.398.941,41
<b>3. Anlagenfinanzierung</b>		Fremdkapital langfristig aus Darlehen	0,00
Anlagendeckung I	95,63%	Fremdkapital Rückstellung kurzfristig	134.704,78
Anlagendeckung II	95,63%	Rückstellung langfristig	20.051.597,27
<b>4. Kapitalausstattung</b>		Verbindlichkeiten kurzfristig	2.557.770,83
Eigenkapitalquote	10,44%	Gesamt:	22.744.072,88
Fremdkapitalquote	89,55%	kurzfristiges Fremdkapital	2.692.475,61
<b>5. Liquidität</b>		liquide Mittel	20.835.944,58
Liquiditätsgrad I		kurzfr. Fremdkapital	2.692.475,61
liquide Mittel	20.835.944,58		
kurzfr. Fremdkapital	2.692.475,61		

**Cashflow**

	2004	2005
JahresgewinnVerlust	660.123	-38.157
+ Abschreibungen	1.782.930	1.032.804
+ Zuführung langfr. RST (Rekultivierung und Sanierung)	2.073.449	672.387
	4.516.502	1.667.035
- Abnahme langfr. RST (Rekultivierung und Sanierung)	-86.564	-171.954
	4.429.938	1.495.081

**Anlage IV**

## **Lagebericht**

**zum Jahresabschluss  
31. Dezember 2005**

**für die Abfallentsorgungseinrichtung  
des Landkreises Bad Dürkheim**

## **I. Geschäftsverlauf und Lage des Betriebes:**

Die Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Bad Dürkheim wurde im Jahr 2005 als Regiebetrieb geführt und nach den Bestimmungen der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung verwaltet (Betriebssatzung vom 30.06.1998, zuletzt geändert am 11.12.2000). Der Regiebetrieb stand seit 01.04.2000 unter verantwortlicher Leitung des Ersten Kreisbeigeordneten, Herr Erhard Freunsch (Anmerkung: ab 01.01.2006 Eigenbetrieb vgl. II).

Zweck des Abfallwirtschaftsbetriebes ist es, die Vermeidung, Verwertung und sonstige Entsorgung der im Landkreis Bad Dürkheim anfallenden Abfälle sicherzustellen. Hierzu nimmt der Betrieb alle Aufgaben wahr, die dem Landkreis Bad Dürkheim aufgrund der Abfallgesetze als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger obliegen, insbesondere die im Landkreis Bad Dürkheim angefallenen und ihm überlassenen Abfälle nach Maßgabe der Gesetze zu verwerten oder zu beseitigen. Hierzu gehören auch alle den Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Hilfs- und Nebengeschäfte.

Der Entsorgungsbereich umfasst das gesamte Kreisgebiet mit 135.061 Einwohnern (Stand 01.01.2005).

Der Kreistag des Landkreises Bad Dürkheim hat in seiner Sitzung vom 15.12.2004 die Neufassung der Abfallwirtschafts- und der Abfallgebührensatzung beschlossen. Mit der Neufassung dieser Satzungen wurden die zum 01.01.2005 vorgesehenen Änderungen der Abfallwirtschaftskonzeption des Landkreises Bad Dürkheim satzungsrechtlich umgesetzt. Im wesentlichen wurden folgende Änderungen vorgenommen:

- Reduzierung des Mindestvolumens von 20 l auf 12 l Restmüll pro Person und Woche
- Wahlmöglichkeit der Kunden hinsichtlich der Tonnengröße
- Einführung eines Identifikationssystems für Rest- und Biomüllgefäße
- Behälterbezogene Gebührenstruktur
- Einführung einer Papiertonne zum 01.04.2005

Durch die Umsetzung der Abfallablagerungsverordnung zum 01.06.2005 dürfen unvorbehandelte Siedlungsabfälle nicht mehr deponiert werden. Der Hausmüll und die hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle aus dem Landkreis Bad Dürkheim werden ab diesem Zeitpunkt ausschließlich über die Müllverbrennungsanlage der GML in Ludwigshafen entsorgt. Mineralische Abfälle werden zur Endprofilierung weiter auf der Kreismülldeponie an der B 37 angenommen.

Der Landkreis Bad Dürkheim erfüllt im Kreisgebiet die Abfallentsorgungspflicht nach § 15 KrW-/AbfG im Rahmen einer organisatorisch und wirtschaftlich verselbständigten Einrichtung.

Da im Rahmen dieses Hoheitsbetriebes auch sog. wirtschaftliche Tätigkeiten zur Erzielung von Einnahmen nachhaltig ausgeübt werden, hat dies zur Konsequenz, dass insoweit eine partielle Steuerpflicht besteht und diese Tätigkeiten deshalb im Rahmen gesondert geführter Betriebe gewerblicher Art wahrzunehmen sind.

Im Laufe des Jahres 2005 wurden zwei weitere Tätigkeitsbereiche des Abfallwirtschaftsbetriebes in Betriebe gewerblicher Art überführt. Es handelt sich dabei um die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf der Deponie „An der B 37“ und die Bewirtschaftung der Deponie „An der B 37“.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres weist einen Jahresverlust von 38.156,72 € aus.

Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich im Vergleich zum Vorjahresergebnis um T€ 769 T€ verringert. Diese setzen sich im wesentlichen aus den geringeren Pächterträgen aus der Deponie „An der B 37“ – Laufzeitende 31.05.2005 – (546 T€) und aus dem Wegfall der Erstattung für den Betrieb des Biokompostwerkes (160 T€) zusammen.

Die periodenfremde Aufwendungen und Erträge begünstigten das Jahresergebnis per Saldo um 14.279 €.

Die Wirtschaftsgrundsätze gem. § 85 Abs. 2 GemO konnten nicht erfüllt werden, da der Mindestgewinn nicht erwirtschaftet wurde.

Die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit der Abfallwirtschaftseinrichtung lagen bei der Errichtung einer Photovoltaikanlage auf der Kreismülldeponie an der B 37, und in der Beschaffung von Papiertonnen mit einem Gesamtvolumen von 672 T€.

Die Kapitalstruktur zeigt, dass sich das Eigenkapital von 10,9 % auf 10,4 % des Gesamtkapitals verringert hat. Die Anlagendeckungsquote veränderte sich aufgrund der Zuschreibung des dem Betrieb gewerblicher Art „Deponiebewirtschaftung“ dienende Anlagevermögens von 1.443T€ von 1.350,6 % auf 818,5 %.

Die Selbstfinanzierung (Cashflow) des Betriebes mit 1.495.080 € wies gegenüber den Investitionen des Geschäftsjahres ohne Finanzanlagen eine Überdeckung von 778.062 € aus.

## II. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Der Kreistag des Landkreises hat in seiner Sitzung vom 19.10.2005 beschlossen, die Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Bad Dürkheim ab 01.01.2006 als Eigenbetrieb zu führen. Gleichzeitig wurde eine Betriebssatzung für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Bad Dürkheim mit Wirkung zum 01.01.2006 beschlossen.

Entsprechend den Bestimmungen der Betriebssatzung wird der Eigenbetrieb ab 01.01.2006 vom Werkleiter in eigener Verantwortung geleitet.

Zum 01.07.2007 läuft der Vertrag über die Erfassung, Sortierung und Verwertung von Altpapier (Papier, Pappe und Kartonagen) aus. Als öffentlicher Auftraggeber ist der Landkreis Bad Dürkheim verpflichtet, diese Leistungen im Rahmen eines Vergabeverfahrens neu zu beauftragen.

Da die geschätzten Auftragswerte über den in der Vergabeverordnung genannten Schwellenwerten liegen, sind die Leistungen europaweit auszuschreiben. Diese Ausschreibung wird im Laufe des Jahres 2006 erfolgen.

Entsprechend den Regelungen des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes wurde ab 24.03.2006 ein neues System für die Rücknahme von Altgeräten eingerichtet. Die Altgeräte können an kommunalen Abgabestellen kostenlos abgegeben werden. Für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis ergaben sich durch das ElektroG nur wenig Änderungen, da im Entsorgungsgebiet des Landkreises bereits seit über acht Jahren ein umfassendes Rücknahmesystem existiert. Wesentlich Änderungen für den Abfallwirtschaftsbetrieb ergeben sich im Hinblick auf die Kostensituation. Denn für die Organisation, Durchführung und Finanzierung der Abholung und Entsorgung der Altgeräte zeichnen nun die Hersteller der Elektro- und Elektronikgeräte verantwortlich.

Die Deponie „An der B 37“ gliedert sich in den Deponieabschnitt Ost (Altteil), der bereits mit einer temporären Oberflächenabdichtung versehen ist sowie den Deponieabschnitt West (Neuteil), der als Grubendeponie konzipiert ist. Der Neuteil ist derzeit noch als Deponie Klasse II in Betrieb. Nach abgeschlossener Verfüllung ist auch für den Neuteil zunächst eine temporäre Oberflächenabdichtung vorgesehen.

Zwischen der Ostböschung des Neuteils, auf der eine Ausgleichsschicht sowie eine Gasdrainschicht eingebracht sind und der Westböschung des Altteils besteht heute ein Zwischenraum (Zwickel), der kurzfristig verfüllt werden soll. Zuvor soll jedoch eine Zwischenabdichtung hergestellt werden, die im Bereich der Böschungen des Alt- und Neuteils in die dort bereits existierende Konstruktion integriert wird.

Die Genehmigungsplanung zum Abschluss der Hausmülldeponie „An der B 37“ sieht diese Zwickelverfüllung vor. Bei Verfüllung mit unbelastetem Erdaushub, könnte auf die Zwischenabdichtung verzichtet werden. Der Bedarf an Entsorgungskapazität für belastete Böden und Schlacken ist in den letzten Jahren stark steigend. Die Einrichtung des Zwickels als Deponie der Klasse I nach TASI ist nach Berechnungen des Abfallwirtschaftsbetriebes deshalb wirtschaftlich darstellbar und wird realisiert werden.

Aufgrund der Herstellung von weiteren 6 Gasbrunnen im Bereich des Deponieneuteils konnte die abgesaugte Gasmenge gesteigert werden. Der bestehende Gasmotor, der die erzeugte Energie in das Netz der Pfalzwerke einspeist, reicht zur Verwertung des gesamten Deponiegases nicht mehr aus, so dass die Anschaffung eines zweiten Motors aus wirtschaftlichen Gründen notwendig wurde.

### **III. Voraussichtliche Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Betriebes**

Für die Abdeckung und Rekultivierung der ehemaligen Kreisbauschuttdeponie „Bruchhübel“ wurde im Jahresabschluss 2003 auf der Grundlage einer Variantenstudie des beauftragten Fachingenieurs erstmals eine Rückstellung in Höhe von 1,2 Mio. Euro gebildet. Dabei ging der Fachingenieur davon aus, dass die Profilierung und definierte Abdeckung der Deponie mit vorhandenem bindigem Bodenaushub ausreichend ist, zumal eine Grundwasserverunreinigung im Umfeld der Deponie bisher nicht zu beobachten ist.

Eine Alternative zur Oberflächenabdichtung der Deponie ist der geordnete Rückbau. Hierbei wird der abgelagerte Bauschutt aufbereitet, Fremd- und Störstoffe werden separiert und über zugelassene Beseitigungsanlagen entsorgt. Nach dem Rückbau wird dann nur noch unbelastetes Erdaushubmaterial sowie Vorsiebmaterial aus der Aufbereitung innerhalb der Grube als Verfüllmaterial eingelagert. Der Ausschuss für Abfallwirtschaft hat dem Rückbaukonzept zugestimmt. Im Rahmen der Verhandlungen mit dem Anlagenbetreiber über den geordneten Rückbau muss allerdings sichergestellt werden, dass der Gesamtaufwand für den Landkreis Bad Dürkheim den Betrag von maximal 1,2 Mio € nicht übersteigt.

Eine endgültige Abdichtung der Bauschuttdeponie nach den Vorschriften der TASI hätte nach Darstellung des Fachingenieurs dagegen Investitionen von ca. 5,0 Mio. Euro zur Folge.

Durch die Umsetzung der Abfallablagerungsverordnung zum 01.06.2005 sind die Entsorgungspreise der privaten Entsorger zum Teil massiv angestiegen. Wegen der beengten Verbrennungskapazitäten haben sich die Preise für Kontingente bei Betreibern von Verbrennungsanlagen stark erhöht, und werden von den Entsorgern an die Kunden weitergegeben. Dies führte dazu, dass Gewerbetreibende aus unserem Entsorgungsgebiet, die bisher ihre Abfälle privaten Entsorgern angedient haben, diese verstärkt über die Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Bad Dürkheim entsorgen und damit an unseren günstigen Entsorgungsgebühren partizipieren möchten. Diese Entwicklung ist nach unserer Einschätzung noch nicht abgeschlossen und wird zu einer weiteren Erhöhung der Restmüllmengen aus den gewerblichen Bereichen führen. Die aktuelle Steigerung des Mengenzuflusses kann durch den Rückgang der Restmüllmengen aus Haushalten überkompensiert werden. Die Entsorgungssicherheit im Landkreis Bad Dürkheim ist nach heutigen Erkenntnissen gewährleistet.

Über die gesamte Fläche des Erweiterungsbereiches (Restverfüllung) der Kreismülldeponie an der B 37 werden 6 Bewässerungsfelder gebaut. Diese Felder haben die Aufgabe, über die Zugabe von Wasser den optimalen Feuchtigkeitsgehalt für die Vergärungsprozesse im Müllkörper, auch nach Installation der temporären Oberflächenabdichtung, zu erhalten. Alternativ zum Wasser ist vorgesehen, anfallendes Sickerwasser für die Infiltration zu nutzen. Durch dieses Verfahren könnte die externe Entsorgung des Sickerwassers (3000 – 5000 cbm) entfallen oder zumindest wesentlich reduziert werden, was zu deutlichen Kosteneinsparungen während der Nachsorgezeit führen würde. Da dieses Verfahren der Infiltration noch relativ neu ist, und somit von anderen Deponien noch wenig Erfahrungswerte vorliegen, ist eine Quantifizierung des Einsparpotentials noch nicht möglich.

Jahresabschluss der Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Bad Dürkheim zum 31.12.2005

Die Erlöse aus der Zwickelverfüllung mit mineralischen Abfällen sollen künftig zu einem positiven Gesamtergebnis des Abfallwirtschaftsbetriebes beitragen. Diese wirtschaftliche Betätigung ist gewissen Risiken unterworfen, da die Anlieferungsmengen und die Preisgestaltung Marktschwankungen unterliegt.

Im Hinblick auf die künftige Entwicklung sind keine weiteren Risiken ersichtlich, die den Bestand der Einrichtung gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

Bad Dürkheim, den 15.09.2006

gez.

.....  
Klaus Pabst  
Werkleiter